

Unterstützung der Dezentralisierung in Tunesien

Für eine transparente öffentliche Verwaltung und bürgernahe Dienstleistungen

Herausforderung

Die tunesische Verfassung von 2014 sieht eine umfassende Dezentralisierung des Landes und damit einhergehend einen Umbau der Verwaltung vor. Wichtige Schritte zu einem stärker dezentral organisierten Regierungssystem und einer bürgernäheren Verwaltung waren die Verabschiedung des Gesetzbuches der Gebietskörperschaften (Code des Collectivités locales, CCL) durch das Parlament, die Kommunalwahlen 2018 und anschließend die Schaffung von Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die über Selbstverwaltungsbefugnissen verfügen, eigene Einnahmen generieren können und ihre Haushaltsmittel eigenständig verwalten (finanzielle Autonomie). Mit den Kommunalwahlen 2018 wurde eine erste Ebene der Gebietskörperschaften geschaffen, die Wahl von Regionalräten steht noch aus.

Ziel der Dezentralisierungsreformen ist es, Entscheidungen zu öffentlichen Belangen auf der jeweils betroffenen Regierungsebene möglichst nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu fällen. Damit Gemeinden und perspektivisch auch Regionen ihre Entwicklung eigenständig vorantreiben können, müssen ihnen Kompetenzen und Ressourcen, d. h. Personal und Haushaltsmittel, vom Zentralstaat übertragen werden und Verfahren der Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit mit zentralstaatlichen Akteuren, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft gestärkt werden. Darüber hinaus erfordert lokale Selbstverwaltung eigene finanzielle Ressourcen. Gemeinden müssen also in der Lage sein, Steuern, Gebühren und Beiträge zu erheben und entwicklungsorientiert in kommunale Dienstleistungen und Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu investieren. Um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten, müssen einerseits Gesetze, Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren erarbeitet und verabschiedet werden, um die Rechtsgrundlagen für lokale Selbstverwaltung umzusetzen. Auch institutionelle Mechanismen für die Übertragung von Mitteln und personellen Ressourcen an die Gemeinden und Regionen müssen ausgehandelt werden. Andererseits müssen Gemeinderätinnen und -räte, Mitarbeitende der Gemeinden und Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Verwaltung für ihre neuen Aufgaben und Rollen durch entsprechende Fortbildungsangebote geschult und vorbereitet

werden. Bürgerinnen und Bürger sollen sich an lokalen Entscheidungsprozessen beteiligen, lokale Entwicklung mitgestalten, aber auch Kontrolle über die Verwendung von Mitteln und die Entscheidungsfindung der Gemeinderäte ausüben können. Hierfür sind Informationen über Mitwirkungsrechte wichtig, transparente Verfahren der Entscheidungsfindung und Rechenschaftslegung sowie kleine Projekte, die es Bürger*innen ermöglichen, sich an der Gestaltung von Lokalentwicklung zu beteiligen oder auf effektive Dienstleistungsverbesserungen hinzuwirken.

Projektname	Unterstützung der Dezentralisierung in Tunesien
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektgebiet	Die Regionen Jendouba, Béja, Kef, Siliana, Kasserine, Sidi Bouzid, Kairouan sowie 21 Partnergemeinden: Béja, Ouechtata Jamila, Thibar, Jendouba, Ghardimaou, Souk Essebt, Kef, Nebeur, Kalaat Snan, Siliana, Krib, Hababsa, Kasserine, Hidra, Sbeitla, Kairouan, Raqada, Sisseb Edhriat, Sidi Bouzid, Lassouada, Meknassy.
Nationale Partner	Amt der Premierministerin, Innenministerium, Ministerium der Finanzen, Ministerium für Bau und Wohnen, Ministerium für Wirtschaft und Planung, Rechnungshof (CdC), Fortbildungszentrum für die Unterstützung der Dezentralisierung (CFAD), Dachverband Tunesischer Gemeinden (FNCT).
Gesamtlaufzeit	04/2018 - 04/2022



Foto links: Repräsentant*innen der Partnergemeinden und des Ministeriums für Lokale Angelegenheiten diskutieren über die organisatorische und funktionelle Restrukturierung der Gemeinden im Zuge der Dezentralisierung, Herbst 2021.

Foto rechts: In einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung von vier Kommunen, Akteuren der Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und der dezentralisierten Dienste der Fachministerien entsteht die Stadtentwicklungsstrategie von Kasserine, Sommer 2021.

Lösungsansatz

Das Projekt unterstützt die Umsetzung von Dezentralisierung und die Stärkung lokaler Selbstverwaltung in Tunesien auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene in derzeit 21 Gemeinden im Rahmen von 4 Handlungsfeldern:

Dezentralisierung und Dekonzentration

Das Handlungsfeld 1 „Stärkung der Dezentralisierung und der Dekonzentration“ unterstützt verschiedene Ministerien bei der Erarbeitung eines regulatorischen und institutionellen Rahmens für die Dezentralisierung und Dekonzentration. Außerdem werden vier Pilotgemeinden bei ihrer internen Restrukturierung im Zuge der Dezentralisierungsreformen begleitet.

Territorialentwicklung und Netzwerkbildung

Das zweite Handlungsfeld „Stärkung von territorialer Planung und Netzwerkbildung“ berät die Pilotierung neuer Verfahren der Regional- und Kommunalplanung, die darauf abzielen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren der Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft gemeinsame Visionen für ihre Region oder Gemeinde zu entwickeln. Außerdem fördert das Handlungsfeld die Umsetzung von Lokalentwicklungsprojekten, den Austausch zwischen Gemeinden zu Fragen der Dienstleistungserbringung und hat seit Ausbruch der Covid-19 Pandemie Gemeinden und Regionen durch Sachbeschaffungen und Fortbildungen dabei unterstützt, die Pandemie einzudämmen.

Kapazitätsentwicklung

Im Handlungsfeld „Kapazitätsentwicklung“ wird der Austausch zwischen den verschiedenen Ausbildungsinstitutionen gefördert, die für Schulungen zu Fragen der Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung verantwortlich sind. Das *Centre de Formation et d'Appui à la Décentralisation* (CFAD) wird organisationell und pädagogisch beraten und im

Aufbau ihrer Online-Lernplattform unterstützt. Außerdem werden Mandatsträgerinnen und -träger sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Gebietskörperschaften und der Territorialverwaltung durch Fortbildungen – nun auch zunehmend online – auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet.

Lokale Finanzen

Im vierten Handlungsfeld „Lokale Finanzen“ wird der Rechnungshof bei der externen Kontrolle von Gemeinden unterstützt. Außerdem werden gemeinsam mit Gemeinden und Vertreterinnen und Vertretern relevanter Ministerien Ansätze zur Steigerung lokaler Eigeneinnahmen erarbeitet und Schulungen zur Verbesserung des kommunalen Budgetmanagements und der Stärkung der internen Kontrolle von Gemeinden gefördert.

In Zahlen

Das Projekt arbeitet insbesondere mit **21 Partnerkommunen und 7 Gouvernoraten** an der Umsetzung der Dezentralisierungsreformen. Seit 2018 hat das Projekt die Entwicklung von **5 Strategievorschlägen zum Kompetenztransfer** vom Zentralstaat an dezentralisierte Dienstleister sowie von **3 ressortübergreifenden Leitlinien und 2 Anwendungstexten zum Gesetzbuch der Gebietskörperschaften (CCL)** zur dezentralisierten, kommunalen und regionalen Regierungsführung unterstützt. Über **900 Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger wurden weitergebildet**, um die ihnen neu übertragenen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten besser wahrnehmen zu können. **9 Gemeinden und Regionen wurden bei partizipativen Prozessen der strategischen Entwicklungsplanung begleitet** und **14 Pilotprojekte der lokalen Entwicklung** zu Themen wie Energieeffizienz und der Gestaltung öffentlicher Plätze werden zurzeit umgesetzt. Darüber hinaus profitieren rund **455.000 Bürgerinnen und Bürger von effektiveren, transparenteren und bürgernäheren Dienstleistungen** durch die Unterstützung von 14 Verwaltungsdienstleistungszentren (maisons de services administratifs, MSA) im Rahmen der Verleihung des Qualitätslabels „Merhaba“. **Zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie wurden zudem über 40 Gemeinden und 7 Regionen durch Sachbeschaffungen unterstützt.**

Herausgeberin Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Eschborn und Bonn
Unterstützung der Dezentralisierung in Tunesien (ADEC)
GIZ Büro Tunis
B.P. 753 – 1080 Tunis Cedex – Tunisie
T + 216 71 967 220
F + 216 71 967 227
www.giz.de/tunisie
www.facebook.com/GIZTunisie

Stand Januar 2022

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag von Ministère fédéral de la coopération économique et du développement (BMZ)

In Kooperation mit Premierministeramt (Présidence du Gouvernement)

